

DIE NEUE ORDNUNG

begründet von Laurentius Siemer OP
und Eberhard Welty OP

Nr. 4/2018 August 72. Jahrgang

Anton Rauscher zum 90. Geburtstag

Editorial

Wolfgang Ockenfels, Anton Rauscher und
der christliche Realismus 242

Herwig Birg, Die demographische Alterung
in Deutschland 244

Hans Braun, Anteilnahme und
Verantwortung 255

Giuseppe Franco, Wilhelm Röpkes Beitrag
zur Sozialen Marktwirtschaft 265

Alfred Schüller, Der Unternehmer als Option
für die Armen? 282

Bericht und Gespräch

Stefan Hartmann, Zur Apokalypse des
Johannes. Klaus Bergers großer Kommentar 288

Hans-Peter Raddatz, „Der Islam gehört zu
Deutschland.“ II.: Politik im Rausch elitärer
Grausamkeit 298

Daniel Führung, Politik – Berufung der Laien
313

Hans Maier, Migrantenpolitik und
Verantwortung 317

Herausgeber:
Institut für
Gesellschaftswissenschaften
Walberberg e.V.

Redaktion:
Wolfgang Ockenfels OP (verantw.)
Wolfgang Hariolf Spindler OP

Redaktionsbeirat:
Stefan Heid
Martin Lohmann
Herbert B. Schmidt
Manfred Spieker
Horst Schröder
Johannes Zabel OP

Redaktionsassistentin:
Andrea Wieland und Hildegard Schramm

Druck und Vertrieb:
Verlag Franz Schmitt, Postf. 1831
53708 Siegburg
Tel.: 02241/64039 – Fax: 53891

Die Neue Ordnung erscheint alle
2 Monate

Bezug direkt vom Institut
oder durch alle Buchhandlungen

Jahresabonnement: 25,- €

Einzelheft 5,- €

zzgl. Versandkosten

ISSN 09 32 – 76 65

Bankverbindung:
Darlehnskasse Münster
IBAN: DE70 4006 0265 0017 0202 00
BIC: GENODEM1DKM

Anschrift der
Redaktion und des Instituts:
Simrockstr. 19
D-53113 Bonn
e-mail: ifgwb@t-online.de
Tel.: 0228/21 68 52
Fax: 0228/22 02 44

Unverlangt eingesandte Manuskripte und
Bücher werden nicht zurückgeschickt.
Verlag und Redaktion übernehmen keine
Haftung

Namentlich gekennzeichnete Artikel
geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck, elektronische oder photome-
chanische Vervielfältigung nur mit
Genehmigung der Redaktion

<http://www.die-neue-ordnung.de>

<http://www.youtube.com>

[http://www.facebook.com/
institutwalberberg/](http://www.facebook.com/institutwalberberg/)

Die demographische Alterung in Deutschland

1. Einführung

So gut wie niemand bestreitet, daß Deutschlands Bevölkerung altert. Wer sich für die Fachliteratur über das Thema Alterung interessiert, weiß, daß die demographische Alterung inzwischen mindestens bis zum Ende des Jahrhunderts irreversibel ist. Trotzdem gab es in den letzten dreißig Jahren keine ernsthafte Diskussion zu diesem Thema, eingeschlossen die noch nachhallenden Debatten zwischen den großen Parteien vor und nach der letzten Bundestagswahl. Diese Aussage mag erstaunen, aber sie gilt sogar für die universitäre Wissenschaft, vor allem für die einschlägigen Sozialwissenschaften – und nicht zuletzt für die Medien. Seit Jahrzehnten sind zwar alle öffentlichen Informationskanäle mit demographischen Themen überflutet, aber Diskurse im Sinne eines vorurteilslosen Austauschs von Argumenten über die Ursachen und Folgen der demographischen Alterung mit ernsthaften Auseinandersetzungen in der Sache, gab es insbesondere auf der Ebene der universitären Wissenschaft höchst selten; im politischen Raum so gut wie gar nicht.

Das besondere Verhältnis zwischen Politik und Demographie in Deutschland ist nichts Neues. Trotzdem erstaunt es, daß die demographischen Probleme Deutschlands weder im letzten Bundestagswahlkampf noch im anschließenden Ringen um eine neue Regierung irgendeine Rolle spielten. Die große Koalition wollte eigentlich große Probleme lösen, und unter diesen Problemen ist die demographische Alterung mit ihren Ursachen und Folgen wahrscheinlich das größte. Aber wie soll man sich dann erklären, daß das Thema im Koalitionsvertrag überhaupt nicht vorkommt?

2. Die Ausgangslage

Deutschland hatte in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts die niedrigste Geburtenrate der Welt. Um Ursachen und Folgen der demographischen Entwicklung wissenschaftlich untersuchen zu lassen, beschloß die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der CDU zur Bevölkerungsentwicklung die Gründung eines neuen *Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik (IBS)* mit einem neuen *Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft* an der Universität Bielefeld.¹ Auf diese Weise entstand in Deutschland nach dem Mißbrauch der Demographie durch die verbrecherische Politik des Nazi-Regimes nach jahrzehntelanger Unterbrechung das erste universitäre Forschungsinstitut auf dem Gebiet der Demographie und der erste Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, auf den ich 1980 berufen wurde.

Die Grundlagenforschung des neuen Instituts wurde durch die Bundesregierung und durch verschiedene Landesregierungen, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und andere öffentliche Einrichtungen der Forschungsförderung, darunter große Stiftungen, unterstützt. Hierzu zählten beispielsweise die unter meiner Leitung durchgeführten Forschungsprojekte im Auftrag folgender Einrichtungen: Planungsabteilung der *Niedersächsischen Staatskanzlei*², *Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages Schutz der Erdatmosphäre*³, *Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages Demographischer Wandel*⁴ sowie die Erweiterung des entsprechenden Forschungsprojekts im Auftrag der *Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages Schutz der Erdatmosphäre*⁵, des weiteren das Forschungsprojekt im Auftrag des *Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft* zur Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung.⁶

Der Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft konzentrierte seine Grundlagenforschung auf die Entwicklung einer Theorie zur Erklärung des langfristigen, weltweiten Abnahmetrends der Geburtenrate in entwickelten Gesellschaften. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Erforschung der niedrigen Geburtenrate als der wichtigsten Ursache der demographischen Alterung. Weitere Schwerpunkte waren die Bevölkerungsschrumpfung und die Internationalisierung der Bevölkerungsentwicklung Deutschlands durch Migrationsprozesse, einschließlich der Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Wie hat die Öffentlichkeit auf die veröffentlichten Forschungsergebnisse reagiert? Hat sie die entscheidenden Resultate wahrgenommen und registriert? Würden die Bewohner eines anderen Planeten den demographischen Diskurs in Politik, Medien und Wissenschaft beobachten, kämen sie wahrscheinlich zu dem Schluß, daß die Zunahme der Lebenserwartung des Einzelnen das wichtigste Phänomen der demographischen Entwicklung in Deutschland sei und die niedrige Geburtenrate nur eine relativ unwichtige Nebenerscheinung. Tatsächlich ist es umgekehrt, die niedrige Geburtenrate trägt am meisten zur demographischen Alterung bei, während die zunehmende Lebenserwartung diese Wirkung nur verstärkt.

Dies ist das Ergebnis von zahlreichen, am Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft durchgeführten Forschungsprojekten und Simulationsrechnungen, die in der Wissenschaft unumstritten sind. Das zentrale Resultat ist: Selbst wenn die Lebenserwartung nicht weiter zunähme und auf dem Niveau vom Ende des 20. Jahrhunderts unverändert bliebe, würde sich der Altenquotient (= über 60jährige in Prozent der 20 bis 60jährigen) trotzdem bis zum Jahr 2050 verdoppeln! Bei einer starken Zunahme der Lebenserwartung könnte sich dieser Altenquotient – selbst bei hohen Einwanderungen Jüngerer – sogar verdreifachen. Die Ergebnisse dieser Forschungsarbeiten stehen der Öffentlichkeit durch einen 1998 veröffentlichten Forschungsbericht⁷ sowie durch weitere Publikationen zur Verfügung.⁸

Das *Max Planck Institut für demographische Forschung (MPIDR)* veröffentlichte 2011 folgende Gegenthese – seltsamerweise ohne die 1998 publizierten Ergebnisse des IBS zu erwähnen: „Die Alterung der Gesellschaft als Ganzes wird wesentlich weniger von den derzeit niedrigen Geburtenraten getrieben als von

der rasant steigenden Lebenserwartung – also von einem wünschenswerten Prozeß⁹. Aber wenn sich der Altenquotient auf Grund der niedrigen Geburtenrate nachweislich sogar bei *konstanter* Lebenserwartung verdoppeln wird – wie soll sein Anstieg dann in erster Linie von der „rasant steigenden Lebenserwartung getrieben sein“? Die Frage steht bis heute undiskutiert im Raum.

Die These MPIDR und das Ignorieren die Gegenthese des IBS hatten zur Folge, daß sich mit der Zeit eine Art eiserner Vorhang der Nicht-Kommunikation zwischen die am öffentlichen Diskurs beteiligten Wissenschaftler, Politiker und Medienvertreter herabsenkte. Die Öffentlichkeit scheint sich an den Zustand der Nicht-Diskussion gewöhnt zu haben, wenn sie ihn überhaupt wahrgenommen hat. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß sich das ändern könnte.

Eine Auswirkung der Kommunikationslosigkeit ist, daß im allgemeinen Sprachgebrauch mit dem Begriff „demographische Alterung“ meist nur die erfreuliche Zunahme der Lebensdauer des einzelnen Menschen assoziiert wird. In der Demographie bezeichnet der Begriff Alterung jedoch auch die Eigenschaft einer Gruppe von Menschen oder der Gesellschaft als Ganzes, gemessen beispielsweise durch das Medianalter oder den Altenquotienten. Der Altenquotient ist eine der aussagekräftigsten Meßziffern der demographischen Alterung überhaupt, und zwar besonders dann, wenn die Auswirkungen einer älter werdenden Gesellschaft auf die sozialen Sicherungssysteme, die Entwicklung der Volkswirtschaft und die internationale Migration im Zentrum des Interesses stehen, wobei dann auch die negativen Auswirkungen der steigenden Lebenserwartung deutlich werden.

Die Gleichzeitigkeit der positiven und negativen Konnotation und die damit verbundene Mehrdeutigkeit¹⁰ des Begriffs „demographische Alterung“ machte es für Politik und Medien leicht, den Begriff zu instrumentalisieren. Von Politikern wird die Alterung meist als etwas Positives und Wünschenswertes im Sinne des Zugewinns an Lebenszeit für den Einzelnen dargestellt und als eine Chance gepriesen. Aus den Simulationsrechnungen des IBS, des Statistischen Bundesamtes¹¹ und anderer auf dem Gebiet der Demographie tätigen Forschungseinrichtungen ergibt sich jedoch als unabwendbare Konsequenz der individuellen Lebenserwartungszunahme ein starkes Wachstum des gesellschaftlichen Altenquotienten mit kaum noch beherrschbaren, irreversiblen Konsequenzen für die Sozialen Sicherungssysteme und die Wirtschaft und Gesellschaft als Ganzes. Zum Einfluß der Zuwanderung jüngerer Menschen auf die Alterung äußerte sich das Statistische Bundesamt in einer Pressemitteilung lapidar und realistisch so: „Die Alterung der Bevölkerung ist durch die aktuell hohe Zuwanderung nicht umkehrbar.“¹²

Das Ignorieren der niedrigen Geburtenrate als der wichtigsten Ursache der demographischen Alterung führte auch dazu, daß der entscheidende Grund für das niedrige Niveau der Geburtenrate bzw. für das hohe Niveau der Alterung bis heute in der Öffentlichkeit kein Thema ist. Vom Beginn seiner Gründung im Jahr 1980 an hatte das IBS seine Forschungstätigkeit auf die Entwicklung einer Fertilitätstheorie für entwickelte Gesellschaften konzentriert.¹³ Seitdem wissen wir, daß die niedrige Geburtenrate und die damit verbundene demographische Alte-

rung auf der Spaltung der Gesellschaft in zwei Teilgesellschaften beruhen. Der größere Teil der Gesellschaft – etwa Zwei Drittel der Frauen – hat seit Jahrzehnten unverändert die ideale Geburtenrate von durchschnittlich zwei Kindern je Frau, während das andere Drittel zeitlebens kinderlos bleibt, also eine Geburtenrate von Null hat, mit der Folge, daß die Geburtenrate für Deutschland als Ganzes seit Jahrzehnten bei 1,4 bis 1,5 Lebendgeborenen je Frau liegt.¹⁴

Weil diese Tatsache immer noch wenig bekannt ist, wird die Bedeutung der Geburtenrate für die Funktionsfähigkeit der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung verkannt: Eine ausreichend hohe Geburtenrate ist für die Funktionsfähigkeit der Sozialen Sicherungssysteme von wesentlich größerem Gewicht als der Einfluß der steigenden Lebenserwartung. Die umlagefinanzierte Gesetzliche Rentenversicherung Deutschlands wäre nicht nur das stabilste und sicherste, sondern zugleich auch das gerechteste Rentensystem der Welt, wenn zwei Bedingungen erfüllt wären. Erste Bedingung: Die Geburtenrate müßte rund zwei Kinder pro Frau betragen. Liegt sie wie in Deutschland seit Jahrzehnten nur bei 1,4 bis 1,5, wird das umlagefinanzierte Soziale Sicherungssystem funktionsunfähig, weil die Zahl der Beitragszahler ständig schrumpft und gleichzeitig die Zahl der Ruheständler wächst, was am Anstieg des Altenquotienten abgelesen werden kann.

Die zweite Bedingung ist: Wenn die Geburtenrate im Durchschnitt (!) das ideale Niveau von zwei Kindern je Frau hätte, wobei beispielsweise in der einen Hälfte der Bevölkerung vier Kinder je Frau entfielen, während die andere Hälfte zeitlebens kinderlos bliebe, dann wäre zwar die erste Bedingung erfüllt, und die Schere zwischen der Zahl der Älteren und der Jüngeren würde sich nicht immer weiter öffnen, aber dann müßte die eine Hälfte der Menschen im Alter von den Nachkommen der anderen Hälfte mitversorgt werden, und dies unbeschadet der Belastung der Kinderlosen durch höhere Steuersätze u.ä., und unabhängig von der Tatsache, daß manche Menschen freiwillig, andere gegen ihren Willen infolge von Schicksalsschlägen kinderlos bleiben. Entsprechendes gilt für die Kranken- und Pflegeversicherung.¹⁵ Eine solche Gesellschaft hätte ein gravierendes Gerechtigkeitsproblem und wäre deshalb nicht überlebensfähig, obwohl die Geburtenrate theoretisch ausreichend hoch wäre, um die finanzielle Funktionsfähigkeit der Sozialen Sicherungssysteme zu erhalten.

Der Anteil der lebenslang kinderlos bleibenden Frauen an allen Frauen der verschiedenen Geburtsjahrgänge erhöht sich in allen Bildungsschichten immer weiter: Bei den um 1940 geborenen Frauen betrug der Anteil der Kinderlosen noch rd. 22% (Frauen mit hohem Bildungsgrad) bzw. rd. 9% (Frauen mit niedrigem Bildungsgrad). Diese Anteile stiegen bis zu den um 1970 geborenen Frauen auf rd. 30% (Bildungsgrad hoch) bzw. rd. 15% (Bildungsgrad niedrig) – Tendenz weiter steigend.¹⁶

Bei der aktuellen Kinderlosenquote von einem Drittel ist das oben herangezogene extreme Beispiel einer Kinderlosenquote von 50% schon in Sichtweite. Trotzdem gibt es darüber nicht die geringste öffentliche Diskussion. Die hier zitierten, vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen über die Kinderlosigkeit kaum bekannt. So entwickelte sich Deutschland seit Jahrzehnten von

den Deutschen unbemerkt kontinuierlich hin zu einer Gesellschaft mit einem nie gekannten Gerechtigkeitsproblem – zwischen Menschen mit Kindern und Menschen, die im Alter als Rentner, als Kranke und als Pflegebedürftige von den Nachkommen anderer mitversorgt werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil von 2001 am Beispiel der Pflegeversicherung geurteilt, daß die Gesetzliche Pflegeversicherung den obersten Grundsatz der Demokratie – das Gleichheitsprinzip – verletzt, weil sie kinderlose Menschen zu Lasten der Menschen mit Kindern in verfassungswidriger Weise privilegiert. Im gleichen Urteil forderte das Gericht die Politik auf, auch die Gesetzliche Renten- und Krankenversicherung auf eine vermutete Verfassungswidrigkeit zu überprüfen und das gesamte Soziale Sicherungssystem zu reformieren. Als Frist für die Reformen wurde das Jahr 2004 gesetzt. Geschehen ist – außer einer minimalen Erhöhung der Beiträge zur Gesetzlichen Pflegeversicherung für kinderlose Menschen – nichts.

In naher Zukunft könnte nach der Pflegeversicherung auch die Gesetzliche Krankenversicherung vom Bundesverfassungsgericht überprüft werden. Werden die Verfassungsrichter dann ebenso wie im Prozeß über die Pflegeversicherung von 2001 das Prinzip der Nicht-Privilegierung der Kinderlosen weiter verteidigen? Folgt man dem *Verband Familienarbeit*, sind Zweifel angebracht, denn über die Hälfte der Verfassungsrichter sind inzwischen kinderlos: „...zwischenzeitlich hat sich die Zusammensetzung des Gerichts tiefgreifend geändert. Folgt man den Angaben auf den Internetseiten des BVerfG haben nur die Hälfte der Richter/innen noch eigene Kinder. Alle befinden sich in einem Alter, in dem weitere Kinder nicht mehr zu erwarten sind. Von den 5 Richterinnen haben alle keine Kinder.“¹⁷

3. Politische Strategien der Desinformation

Die folgenden kritischen Äußerungen über die Politiker und die Medienschaffenden sind pauschal, sie bedürfen selbstverständlich einer Differenzierung. Ausnahmen sind jedoch rar. Was das Verständnis für die Bedeutung der Demographie betrifft, ist *Kurt Biedenkopf* eine der seltenen Ausnahmen. Bei den Journalisten, von denen die meisten abhängig beschäftigt sind, nenne ich vorsichtshalber keine Namen.

Seit Jahrzehnten ignoriert Deutschland die am genauesten prognostizierte Krise seiner Geschichte. Früher sah die Politik in der demographische Entwicklung noch ein Problem, wie die Gründung des IBS 1980 zeigt, aber heute behaupten fast alle hochrangigen Politiker, die Bevölkerungsentwicklung sei überhaupt kein Problem, sondern eine „Chance“. Um mögliche Kritik an dieser Position seitens der Wissenschaft zu erschweren, wurde das IBS mit seinem Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft im Jahr 2004 (zeitgleich mit meiner Emeritierung) als zentrale, fakultätsunabhängige wissenschaftliche Einrichtung auf der Ebene des Senats (gegen den dringenden Rat aller Experten) aufgelöst und in ein kleines Fakultätsinstitut als Teil der Fakultät für Gesundheitswissenschaft der Universität Bielefeld umgewandelt. Ähnlich war das Vorgehen bei der Auflösung des

Lehrstuhls für Bevölkerungssoziologie an der Universität Bamberg zeitgleich mit der Emeritierung meines Kollegen Prof. Dr. *Josef Schmid*. Der Wegfall des dritten Lehrstuhls für Demographie an der Humboldt Universität Berlin wurde offiziell mit Sparzwängen begründet. Gleichzeitig wurden in Deutschland Dutzende neue Professuren für Genderforschung geschaffen.

Der frühere Bundespräsident *Horst Köhler* startete 2005 in Berlin eine Reihe von Demographie-Konferenzen, auf deren programmatischer Auftaktveranstaltung er die Botschaft verkündete, die demographischen Probleme Deutschlands seien in Wahrheit keine Probleme, sondern „Lösungen“ – für andere Probleme. So stellte er in seinem Vortrag den Bevölkerungsrückgang in Deutschland als etwas Positives heraus, weil er angeblich ausgleichend auf das Wachstum der Weltbevölkerung wirke. Offensichtlich war dem Bundespräsidenten nicht bekannt, daß die Weltbevölkerung jedes Jahr um die Einwohnerzahl Deutschlands zunimmt, so daß sogar das gänzliche Verschwinden der deutschen Bevölkerung das Weltbevölkerungswachstum nur um ein Jahr aufhalten könnte, danach ginge das Weltbevölkerungswachstum ungebremst weiter, als ob nichts geschehen wäre.¹⁸

Die erstaunliche Behauptung des Bundespräsidenten stand in seiner als schriftliche Pressemitteilung schon vor der Konferenz verteilten Rede. In der späteren amtlichen Dokumentation der Rede wurde die entsprechende Passage jedoch eliminiert. Ist dies vielleicht auf meine nach der Rede im Plenum geäußerte Kritik zurückzuführen? Dann wäre dies die einzige Reaktion auf meine öffentliche Kritik. Die Bertelsmann-Stiftung, die den Bundespräsidenten bei der Konzeption seiner Demographiekonferenz inhaltlich beraten und organisatorisch unterstützt hatte, reagierte auf meine Kritik überhaupt nicht.

Wie ist es zu erklären, daß die Bürger dieses Landes es hingenommen haben, von Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten schlecht informiert oder bewußt in die Irre geführt zu werden? Die FAZ veröffentlichte am 28.8.2006 ein zwei ganze Seiten füllendes Streitgespräch zwischen mir und *Albrecht Müller*, dem früheren Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt unter *Willy Brandt* und *Helmut Schmidt*. Gleich im ersten Satz seiner ersten Äußerung stellte *Müller* die These auf: „Wir haben kein demographisches Problem.“¹⁹ *Müller* bekannte sich mir gegenüber dazu, schon während seiner Amtszeit die auf dem Gebiet der Demographie tätigen Wissenschaftler in ehrabschneiderischer Weise in die Nähe der Nazis gerückt zu haben, mit dem Ziel, die Diskussion über die demographischen Probleme Deutschlands im Keim zu ersticken. Seine Strategie war von durchschlagendem Erfolg gekrönt.

In den folgenden Jahren verstieg sich die hohe Politik zu einer ideologischen Beschönigung der demographischen Fakten, die an die Propaganda der früheren DDR erinnerte. So stellte die frühere Bundesministerin für Bildung und Forschung, *Annette Schavan*, das von ihr ausgerufene „*Wissenschaftsjahr 2013*“ unter das Motto „*Die demographische Chance*“. Folgt man der Logik dieser Ministerin, dann war das Flächenbombardement deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg keine Katastrophe, sondern eine „Chance“ für den Wiederaufbau.

Politiker wissen, daß die verantwortungsvolle, sachgerechte Darstellung der demographischen Probleme und Risiken zum Verlust von Wählerstimmen führen könnte, denn die Wähler würden wahrscheinlich fragen, warum nicht schon wesentlich früher auf die bereits in den 80er Jahren und davor bekannten Probleme reagiert wurde. Bei den Medien ist die Interessenlage ähnlich. Eine ungeschminkte Berichterstattung hätte wahrscheinlich eine Verringerung von Printauflagen und Einschaltquoten zur Folge. Das gleichgerichtete Verhalten von Politik und Medien ist also nicht verwunderlich. Aber wie steht es in dieser Hinsicht mit dem zu sachlicher Information verpflichteten Statistischen Bundesamt?

Zur Beantwortung dieser Frage mag folgendes Beispiel dienen. Das Statistische Bundesamt hat die Abiturientenquote (= Anteil der Abiturienten an einem Geburtsjahrgang) zwischen Migranten und Nicht-Migranten verglichen und darüber eine Pressekonferenz abgehalten. Die Abiturientenquote hat sich bei der deutschen Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten etwa verzehnfacht, sie beträgt bei den jüngeren Altersgruppen rund 40 Prozent, bei den Älteren lag sie bei 4 Prozent. Der über alle Altersgruppen berechnete Durchschnitt der Abiturientenquote der Migranten wird durch deren wesentlich höheren Anteil an jungen Jahrgängen rechnerisch erhöht, so wie der Durchschnitt bei den Deutschen durch deren wesentlich ältere Altersstruktur rechnerisch gesenkt wird. Will man die Abiturientenquote zwischen Migranten und Nicht-Migranten vergleichen, muß man also den verzerrenden Einfluß der unterschiedlichen Altersstruktur herausrechnen.

Dies geschieht am einfachsten dadurch, daß man die Abiturientenquote für *jede* Altersgruppe gesondert zwischen Migranten und Nicht-Migranten vergleicht. Bei einem solchen Vergleich ergibt sich das umgekehrte Bild: Die Abiturientenquote ist bei der Migrationsbevölkerung in *jedem* einzelnen Altersjahr niedriger als bei den Deutschen. Das ist eigentlich trivial, jedenfalls ist das Statistische Bundesamt mit diesem Sachverhalt natürlich gut vertraut. Umso erstaunlicher war es, daß der Präsident des Statistischen Bundesamtes auf der Pressekonferenz anläßlich der Vorstellung des Statistischen Jahrbuchs 2008 die Öffentlichkeit mit der Feststellung überraschte: 21% der Menschen mit Migrationshintergrund haben den höchsten Schulabschluß, bei den Nicht-Migranten sind es nur 18%.

Die *Berliner Morgenpost* berichtete über die Pressekonferenz unter der Überschrift „*Immer mehr hoch gebildete Migranten*“: „Kinder von Einwanderern erreichen häufiger den höchsten Schulabschluß als deutschstämmige Gymnasiasten. 2006 hatten 21 Prozent der betroffenen Zuwanderer das Abitur, aber nur 18 Prozent der Nicht-Migranten, teilte der Präsident des Statistischen Bundesamtes, *Roderich Egeler*, gestern bei der Vorstellung des Statistischen Jahrbuchs 2008 mit. Damit kehrt sich in diesem Bereich der Trend um, daß Kinder nicht-deutscher Herkunft in der Bildung benachteiligt sind. *Egeler* erklärte dies mit dem Anteil von gebildeten Zuwanderern aus Mittel- und Osteuropa, die Wert auf die Bildung ihrer Kinder legen.²⁰ Ich habe diesen Informationsskandal in meinem Buch „Die alternde Republik...“ (S. 196 f.) dargestellt – ohne irgendeine Reaktion aus Wissenschaft, Politik, Medien oder dem Statistischen Bundesamt.

Ein weiteres Beispiel für die Desinformation und Manipulation der Öffentlichkeit liefert die von der Bertelsmann-Stiftung finanzierte Untersuchung des *Zen-*

trums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zum Thema: „Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt“.²¹ Darin kommt der Autor *Holger Bonin* durch umfangreiche empirische Berechnungen zu dem Ergebnis, daß die Zuwanderungen für Deutschland in jeder Hinsicht ein finanzielles Verlustgeschäft sind. Aber der Autor und die Bertelsmann-Stiftung als Auftraggeber der Untersuchung faßten das Ergebnis der Studie für die Öffentlichkeit und die Medien so zusammen: „Deutschland profitiert von Zuwanderung“. Der Autor fordert die Leser seiner Studie sogar ausdrücklich dazu auf, sich von seinen eigenen Forschungsergebnissen, die er zuvor seitenlang dargestellt hatte, zu distanzieren! Der falsche Satz – „Deutschland profitiert von Zuwanderung“ – wurde in der Folgezeit von Politik und Medien kritiklos wiederholt, und zwar ohne jede Gegenstimme seitens der Wissenschaft, wenn man von zaghaften Versuchen der Richtigstellung durch das Ifo-Institut und von meiner eigenen Kritik absieht.²²

4. Das Verhalten der Medienschaffenden

Einer der entscheidenden Gründe für die ausgebliebene, sachgerechte Diskussion des Themas demographische Alterung und für den Erfolg der Desinformationspolitik der Regierung ist das Verhalten der besonders einflußreichen Journalisten, darunter vor allem *Frank Schirrmacher*.

Schirrmacher identifiziert in seinem Buch „*Das Methusalem-Komplott*“ die Steigerung der Lebenserwartung als Hauptgrund für die Alterung der Gesellschaft. Wie ich gezeigt habe, entspricht dies nicht den Tatsachen. Denn der Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung, des Medianalters und des Altenquotienten wird in Deutschland zum weitaus überwiegenden Teil durch die niedrige Geburtenrate verursacht, durch die sich die Zahl der nachwachsenden Jüngeren verringert, während die Zahl der Älteren gleichzeitig zunimmt. Dabei kommt dem Anstieg der Lebenserwartung nur eine vergleichsweise geringe Bedeutung zu. Dies ergibt sich aus der Tatsache, daß sich der Altenquotient in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts auch dann verdoppeln würde, wenn die Lebenserwartung konstant bliebe.

Schirrmachers sachlich unrichtige Schwerpunktsetzung auf die Lebenserwartungszunahme statt auf die niedrige Geburtenrate als Hauptursache der demographischen Probleme Deutschlands hatte und hat große Auswirkungen auf die öffentliche Meinung und die Politik. Sie war auch ein wichtiger Grund dafür, daß *Schirrmachers* Versuch, eine ernsthafte Debatte über das Thema Demographie anzustoßen, ins Leere lief. Auch mein eigener Aufklärungsversuch in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der „Grundkurs Demographie“ in Form von 10 Artikeln in der FAZ, konnte das Blatt nicht grundlegend wenden.²³

5. Resümee

Die demographische Alterung hat wie eine Münze zwei untrennbare Seiten – die erfreuliche, persönliche Seite der Lebenszeiterhöhung für den Einzelnen, und als deren Kehrseite die Erhöhung des Durchschnittsalters der Gesellschaft als Gan-

zes. In der politisch geprägten öffentlichen Diskussion dominiert die positive Sichtweise, bis hin zu der absurden These von Mitarbeitern der ZEIT, daß auf Deutschland eher eine „ungebremste Verjüngung“(!) statt eine Alterung zukommt.²⁴ Fakt ist: Die Alterung, gemessen durch den Altenquotienten, wird bis zur Mitte des Jahrhunderts stetig bis auf ein Maximum zunehmen, und von der Mitte bis zum Ende des Jahrhunderts wird sie nicht, wie man meinen könnte, wieder allmählich abnehmen, sondern bis zum Ende des 21. Jahrhunderts auf dem dann erreichten hohen Niveau verharren. Darauf hat dankenswerterweise auch das Statistische Bundesamt immer wieder hingewiesen. Den verantwortlichen Herausgebern der ZEIT und ihren Journalisten wie Herrn *Schwentker* blieb dies jedoch anscheinend verborgen, obwohl ich in einem Beitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung eine Widerlegung der populärsten demographischen Legenden veröffentlicht habe.²⁵

Jeder Zeitungsleser müßte auch ohne demographische Vorkenntnisse folgendes einsehen: Wenn die Geburtenrate höher wäre und als Folge davon die Zahl der Jüngeren etwa gleich schnell zunähme wie die Zahl der Älteren, dann würde die sogenannte Alterspyramide nicht auf dem Kopf stehen, und der Altenquotient, das Medianalter und das Durchschnittsalter der Bevölkerung würden nicht rasant zunehmen. Dann käme niemand auf die Idee, die Alterung für das wichtigste demographische Problem zu halten und die Geburtenrate als eine vernachlässigbare statistische Größe.

Die Nicht-Kommunikation, Nicht-Diskussion und verantwortungslose Desinformation über ein existentiell wichtiges Zukunftsproblem Deutschlands führte zu einer gewaltigen Konfusion des öffentlichen Bewußtseins und der öffentlichen Meinung. Dies hätte verhindert werden können, wenn eine ausreichende Zahl von Personen in Wissenschaft, Politik und Medien ihre Aufklärungspflicht sich selbst und der Öffentlichkeit gegenüber wahrgenommen hätten. In einem schon 1996 erschienen Aufsatz in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung habe ich die Entwicklung so zusammengefaßt: „Die Leistung der Politik besteht im Verdrängen“.²⁶ Zu dieser These gab es bis heute keinen Widerspruch.

Anmerkungen

1) Landtag Nordrhein-Westfalen (1979) Drucksache 8/5110 vom 29.10.1979. Antwort der Landesregierung auf die große Anfrage 22 der Fraktion der CDU, Drucksache 8/3922.

2) H. Birg, Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung von Wanderungen. IBS-Materialien, Band 34, 1993.

3) H. Birg u. E.-J. Flöthmann, Bevölkerungsprojektionen für das vereinigte Deutschland bis zum Jahr 2100 unter besonderer Berücksichtigung von Wanderungen. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Studienprogramm der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“, Band 3, Teilband II, Bonn 1995

4) H. Birg u. E.-J. Flöthmann, Entwicklung der Familienstrukturen und ihre Auswirkungen auf die Belastungs- und Transferquotienten zwischen den Generationen. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Studienprogramm der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“, Herausforderungen unserer älter werdender Gesellschaft an den Einzelnen und

- die Politik, Band 1, Bonn 1996. Außerdem erschienen als Band 38 der IBS-Materialien 1996.
- 5) H. Birg, E.-J. Flöthmann, Th. Frein u. K. Ströker, Simulationsrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in den alten und neuen Bundesländern im 21. Jahrhundert. IBS-Materialien, Band 45, 1998.
 - 6) H. Birg u. E.-J. Flöthmann, Demographische Projektionsrechnungen für die Rentenreform 2000 – Methodischer Ansatz und Hauptergebnisse. Bände 47A u. 47B der IBS-Materialien.
 - 7) H. Birg, E.-J. Flöthmann, Th. Frein u. K. Ströker, „Simulationsrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in den alten und neuen Bundesländern im 21. Jahrhundert“, Universität Bielefeld, IBS-Materialien, Band 45, 1998.
 - 8) Beispielsweise in: H. Birg, Die demographische Zeitenwende, 4. Aufl., München 2005, 178-180, Schaubilder 36 u. 37. Sowie: H. Birg, Die alternde Republik und das Versagen der Politik. Berlin, Münster 2015, S. 81 ff.
 - 9) B. Schwentker u. J. W. Vaupel, „Eine neue Kultur des Wandels.“ In: Demographischer Wandel, Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Hrsg.: Bundeszentrale für politische Bildung, 10-11/2011. S. 3.
 - 10) Einen Überblick über die verschiedenen Aspekte der demographischen Alterung bietet: H. Birg u. E.-J. Flöthmann, Langfristige Trends der demographischen Alterung in Deutschland. In: A. M. Raem u.a. (Hrsg.), Handbuch Geriatrie – Lehrbuch für Praxis und Klinik. 1. Aufl., Münster 2005, S. 63-72.
 - 11) Statistisches Bundesamt, „Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung“, Wiesbaden 2015.
 - 12) „Alterung der Bevölkerung durch aktuell hohe Zuwanderung nicht umkehrbar.“ Pressemitteilung vom 20.1.2016.
 - 13) H. Birg, W. Felber, E.-J. Flöthmann, Arbeitsmarktdynamik, Familienentwicklung und generatives Verhalten – Eine biographietheoretische Untersuchung demographisch relevanter Verhaltensweisen. IBS-Materialien, Band 16, 1984. Sowie: H. Birg, E.-J. Flöthmann u. I. Reiter I, Biographische Theorie der demographischen Reproduktion. Frankfurt a.M., 1991.
 - 14) H. Birg, Die alternde Republik und das Versagen der Politik – eine demographische Prognose. Münster 2015, S. 42 ff.
 - 15) H. Birg, Die Gretchenfrage der deutschen Demographieverpolitik: Erneuerung der Gesellschaft durch Geburten im Inland oder durch Zuwanderungen aus dem Ausland? In: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften (ZSE), 3/2016, S. 351-377.
 - 16) H. Birg, Die alternde Republik..., Schaubild 9, S. 48.
 - 17) Rundbrief des Verbands (e-mail) vom 6.12.2015.
 - 18) Rede von Bundespräsident Horst Köhler bei der Konferenz „Demographischer Wandel“ am 6. Dezember 2005 in Berlin. In: Bundespräsidialamt, Pressemitteilung vom 6.12.2005, S. 5.
 - 19) „Demographie: Ist Deutschland noch zu retten?“, Streitgespräch zwischen Herwig Birg und Albrecht Müller, Moderiert von Frank Schirrmacher, FAZ, 28.8.2006, S. 32.
 - 20) Berliner Morgenpost, 8. Oktober 2008, S. 5.
 - 21) Bonin, H.: Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt. http://www.bertelsmann-Stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/28_Einwan

derung_und_Vielfalt/Bonin_ Beitrag_Zuwanderung_zum_dt_Staatshaushalt_ 141204_nm.pdf.

22) H. Birg, Demographische Stabilität und Generationengerechtigkeit statt kompensatorischer Zuwanderungen. In: Ifo-Schnelldienst 3/2015, S. 18-23. Ders. Die Gretchenfrage der deutschen Demographiepolitik: Erneuerung der Gesellschaft durch Geburten im Inland oder durch Zuwanderungen aus dem Ausland?. In: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften (ZSE), 3/2016, S. 370 f.

23) Siehe den einleitenden Artikel von Frank Schirrmacher zu meinen 10 Artikeln zum Thema „Grundkurs Demographie“ in der FAZ vom 22.2.-3.4.2005. Nach der Veröffentlichung in der FAZ habe ich den „Grundkurs“ zu einem Buch erweitert (H. Birg, Die ausgefallene Generation, 2. Aufl., München, 2006).

24) B. Schwentker, Aussterben abgesagt. In: ZEIT-ONLINE, 8.6.2006.

25) H. Birg, „Unser Verschwinden würde gar nicht auffallen“. FAZ, 28.6.2006, S. 43

26) H. Birg, Die Leistung der Politik besteht im Verdrängen. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.5.1996, S. 8-9.

Prof. em. Dr. Herwig Birg lehrt Bevölkerungswissenschaft an der Universität Bielefeld und war dort Geschäftsführender Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik.